

KONFERENZ DER KANTONSREGIERUNGEN  
CONFERENCE DES GOUVERNEMENTS CANTONAUX

**Mitwirkung der Kantonsparlamente bei der grenzübergreifenden Zusammenarbeit: Umfrage bei den Kantonen**

(Stand Herbst 2006)

Kanton	Mitwirkungsrechte Parlament	Kommission für Aussenbeziehungen?	Beteiligung an interparlamentarischen Institutionen?	Diskussion über weitergehende Mitwirkungsrechte?	Bemerkungen und Erfahrungen
ZH	Kaum Mitwirkungs-, lediglich Informationsrechte: Nach Kantonsverfassung hat der Regierungsrat die zuständige Kommission des Kantonsrates laufend und umfassend über Vorhaben der interkantonalen und internationalen Zusammenarbeit zu informieren.	Kommissionsstruktur des Kantonsrats wird derzeit von der Geschäftsleitung überprüft. Als Kontaktkommission für Belange der IRV soll die ständige Sachkommission „Staat und Gemeinden“ dienen. Konkrete Vertragsprojekte sollen voraussichtlich je nach Gegenstand den jeweiligen Sachkommissionen zugewiesen werden.	Parlamentarierkommission Bodensee (Gremium mit „informativem Charakter“).	Frage der Mitwirkung wird derzeit im Kanton beraten. Die Diskussion geht in Richtung Verstärkung der Einflussmöglichkeiten des Parlamentes.	
BE	Grosser Rat kann Grundsatzbeschluss fassen, mit dem er die Kündigung oder die Aufnahme von Verhandlungen über Abschluss oder Änderung eines interkantonalen Vertrags einleiten kann. Regierungsrat hat die zuständige Kommission zu wichtigen Vorhaben im Bereich interkantonalen oder internationalen Verträge zu konsultieren und über den Stand der	Oberaufsichtskommission (OAK) ist für die Aussenbeziehungen zuständig.	<ul style="list-style-type: none"> <li>- HES-SO (Haute école spécialisée de Suisse occidentale): commission interparlementaire</li> <li>- HE-Arc (Haute école Arc)</li> <li>- HarmoS (Harmonisierung der obligatorischen Schule)</li> <li>- Convention scolaire romande</li> <li>- Interparlamentarische Geschäftsprüfungskommission Polizeischule Hitzkirch</li> <li>- Interparlamentarische Konferenz der Nordwest-</li> </ul>	Regierungsrat wirft Frage auf, ob im Kanton weitere Bestimmungen bezüglich Mitwirkungsrechte des Parlamentes erlassen werden sollen (neue Verfassungsgrundlage, Einbezug bei Vertragsverhandlungen, genauere Definition der Begriffe, wie sie in Art. 4 IRV verwendet werden). Änderungen seien aber nicht zwingend erforderlich.	Bis anhin beschränkte sich die Mitwirkung des Grossen Rates auf die Genehmigung von Verträgen. Die OAK hat nun aber die Aussenbeziehungen als Schwerpunktgeschäft für 2006 festgelegt. In einer Aussprache zwischen Regierungsrat und OAK hat man sich geeinigt, in enger Zusammenarbeit ein Verfahren zum Einbezug der OAK und des Grossen Rates auszuarbei-

Kanton	Mitwirkungsrechte Parlament	Kommission für Aussenbeziehungen?	Beteiligung an interparlamentarischen Institutionen?	Diskussion über weitergehende Mitwirkungsrechte?	Bemerkungen und Erfahrungen
	Realisierung und den Fortgang der Verhandlungen zu informieren.		schweiz.		ten.
<b>LU</b>	Regierungsrat informiert zuständige Kommission regelmässig über wichtige interkantonale Entwicklungen und über seine Absichten bezüglich der Aufnahme von Verhandlungen sowie über deren Verlauf. Er konsultiert zudem die Kommission vor wichtigen Entscheidungen in diesem Bereich. Die Kommission kann dem Regierungsrat Empfehlungen abgeben.	Keine ständige Kommission für Aussenbeziehungen, konsultiert werden die jeweiligen Fachkommissionen.	Im Rahmen von verschiedenen Konkordaten insbesondere im Bereich Fachhochschulen sind interkantonale parlamentarische Aufsichtskommissionen vorgesehen.		
<b>UR</b>	Die federführende Direktion hat die entsprechende Sachkommission vor einem Konkordatsabschluss rechtzeitig zu orientieren. Dabei kann die Kommission für die Verhandlung Empfehlungen abgeben.	Keine ständige Kommission für Aussenbeziehungen.	Interkantonale Geschäftsprüfungskommissionen für - die Pädagogische Fachhochschule Zentralschweiz, - die Fachhochschule Zentralschweiz und - das Laboratorium der Urkantone.	Der Landrat hat Motion erheblich erklärt, die den Regierungsrat beauftragt, „die notwendigen Voraussetzungen zu schaffen, damit die Aushandlung, Ratifikation, Ausführung und Änderung von Konkordaten demokratischer abgestützt werden und der Landrat in diese Verfahren besser einbezogen wird.“ Dabei sollen Vor- und Nachteile der verschiedenen Modelle berücksichtigt werden, die in anderen	

Kanton	Mitwirkungsrechte Parlament	Kommission für Aussenbeziehungen?	Beteiligung an interparlamentarischen Institutionen?	Diskussion über weitergehende Mitwirkungsrechte?	Bemerkungen und Erfahrungen
				Kantone bereits umgesetzt oder diskutiert werden. Die Regierung beantragte dem Landrat, die Motion „im Rahmen der Luzerner Lösung“ als erheblich zu erklären.	
<b>SZ</b>	Der Regierungsrat informiert die Konkordatskommission rechtzeitig über die Aufnahme, den Gegenstand und den Verlauf von Konkordatsverhandlungen. Er holt vor wichtigen Entscheidungen die Stellungnahme der Kommission ein. Diese kann Empfehlungen für die Verhandlungen und Entscheide abgeben.	Ständige Konkordatskommission wurde neu geschaffen.	Kantonsrat entsendet Delegationen in vier interparlamentarische Geschäftsprüfungskommissionen.		
<b>OW</b>	Regierungsrat hört die Kommission für strategische Planungen und Aussenbeziehungen des Kantonsrates nach Möglichkeit bereits im Vorverfahren zu wichtigen Vorhaben im Bereich interkantonalen oder internationalen Verträge an.	Kommission für strategische Planungen und Aussenbeziehungen.	Kantonsrat ist in verschiedenen interparlamentarischen Geschäftsprüfungskommissionen vertreten.		Neues Kantonsratsgesetz ist seit 1. Juli 2006 in Kraft. Erfahrungen liegen noch keine vor.
<b>NW</b>	Landrat hat keine expliziten Mitwirkungsrechte an der Aussenpolitik der Regie-	Keine ständige Kommission für Aussenbeziehungen.	Landrat vertreten in sechs interparlamentarischen Geschäftsprüfungskommiss-	Es wurden bislang keine parlamentarischen Vorstösse eingereicht, die entspre-	

Kanton	Mitwirkungsrechte Parlament	Kommission für Aussenbeziehungen?	Beteiligung an interparlamentarischen Institutionen?	Diskussion über weitergehende Mitwirkungsrechte?	Bemerkungen und Erfahrungen
	rung. Er kann aber eine Anmerkung zu den Jahreszielen oder dem Rechenschaftsbericht des Regierungsrates beschliessen.		sionen.	chende Mitspracherechte verlangten.	
<b>GL</b>	Die Aussenbeziehungen sind vornehmlich Sache des Regierungsrates.	Keine ständige Kommission für Aussenbeziehungen.	Offenbar keine Beteiligung an interparlamentarischen Institutionen.	Kaum entsprechende parlamentarische Vorstösse.	
<b>ZG</b>	Konkordatskommission hat das Recht auf Information, das Recht auf Anhörung vor wichtigen Verhandlungen und Entscheidungen sowie das Recht, dem Regierungsrat Empfehlungen abzugeben.	Ständige Konkordatskommission.	Keine Beteiligung an interparlamentarischen Institutionen.		
<b>FR</b>	Un projet de nouvelle loi sur le Grand Conseil est actuellement en cours d'examen par le Parlement. Selon cette loi, le Grand Conseil peut inviter le Conseil d'Etat à engager des négociations en vue de la conclusion d'un traité ou à dénoncer un traité existant. Pour ce faire, il dispose d'instruments contraignants. Le Conseil d'Etat est tenu d'informer régulièrement le Grand Conseil des négociations en cours. Par ailleurs, les	Le Grand Conseil dispose d'une commission permanente des affaires extérieures. Celle-ci examine les projets d'actes approuvant l'adhésion du canton à un traité intercantonal ou international ainsi que les requêtes parlementaires tendant à l'octroi d'un mandat de négociation ou à la dénonciation d'un tel traité. Elle soigne le dialogue interparlementaire informel par des échanges réguliers entre membres des différentes	En vertu de la Convention, le Parlement a participé ou participe à quatre commissions interparlementaires de consultation. Il envoie également une délégation aux commissions interparlementaires de contrôle des institutions suivantes : - HES-SO-S2, - Gymnase intercantonal de la Broye.	Une initiative parlementaire acceptée par le Grand Conseil demande la création d'une loi sur les collaborations intercantionales. (Les auteurs ont l'intention de préserver par le biais d'une telle loi les pouvoirs que le Grand Conseil pourrait perdre de par l'intensification des collaborations intercantionales.) Ce texte est en cours d'élaboration.  Le Grand Conseil a ajourné	Sur le plan intercantonal, le Parlement fribourgeois exerce pleinement les droits découlant de la Convention. La pratique a toutefois montré que l'influence des commissions interparlementaires sur les projets d'accords est limitée.

Kanton	Mitwirkungsrechte Parlament	Kommission für Aussenbeziehungen?	Beteiligung an interparlamentarischen Institutionen?	Diskussion über weitergehende Mitwirkungsrechte?	Bemerkungen und Erfahrungen
	droits de participation du Grand Conseil sont déterminés par la « Convention des conventions » <sup>1</sup> .	commissions cantonales, notamment par le biais du <i>Forum des présidents des commissions des affaires extérieures des cantons romands</i> .		son examen de l'Accord-cadre sur la collaboration intercantonale (ACI) <i>sine die</i> .	
<b>SO</b>	Laut Kantonsverfassung kann der Kantonsrat an der Vorbereitung wichtiger Staatsverträge und Konkordate, die seiner Genehmigung unterliegen, teilnehmen.	Keine ständige Kommission für Aussenbeziehungen. Die ständigen Kommissionen sind jedoch beauftragt, sich auch um die Aussenbeziehungen in ihren jeweiligen Sachbereichen zu kümmern.	<ul style="list-style-type: none"> <li>- Interparlamentarische Konferenz der Nordwestschweiz</li> <li>- Oberrheinrat,</li> <li>- Interparlamentarische Kommission der Fachhochschule Nordwestschweiz,</li> <li>- Interparlamentarische Geschäftsprüfungskommission der Interkantonalen Polizeischule Hitzkirch.</li> </ul>	Diskutiert wird die praktische Umsetzung dieser Mitwirkungsrechte.	Bis jetzt haben die Kommissionen kaum von ihren Möglichkeiten Gebrauch gemacht.
<b>BS</b>	Mit der neuen Kantonsverfassung erhält das Parlament die Möglichkeit, den Regierungsrat bei der Vorbereitung interkantonalen Verträge zu begleiten und seinen Einfluss geltend zu machen.	Die Regiokommission ist als ständige Kommission des Grossen Rates für die grenzüberschreitende Zusammenarbeit zuständig.	<ul style="list-style-type: none"> <li>- Interparlamentarische Konferenz der Nordwestschweiz,</li> <li>- Interkantonale parlamentarische Begleitkommission Fachhochschule Nordwestschweiz,</li> <li>- Polizeischule Hitzkirch,</li> <li>- institutionalisierte partnerschaftliche Behandlung von gemeinsamen Geschäften mit den Behörden des Kantons Basel-Landschaft seit 1977.</li> </ul>		Die Behörden der beiden Basel pflegen eine institutionalisierte Zusammenarbeit.
<b>BL</b>	Landrat kann bei der Vorbe-	Keine ständige Kommission	- Interparlamentarische		Landrat nimmt seine Mitwir-

Kanton	Mitwirkungsrechte Parlament	Kommission für Aussenbeziehungen?	Beteiligung an interparlamentarischen Institutionen?	Diskussion über weitergehende Mitwirkungsrechte?	Bemerkungen und Erfahrungen
	reitung wichtiger Staatsverträge, die seiner Genehmigung unterliegen, Kommissionen einsetzen, die den Regierungsrat bei den Vertragsverhandlungen begleitend beraten.	für Aussenbeziehungen.	Konferenz der Nordwestschweiz, - Oberrheinrat - Interparlamentarische Geschäftsprüfungskommission Fachhochschule Nordwestschweiz, - Universitäts-Kinderspital beider Basel - Polizeischule Hitzkirch.		kungsrechte in jeder Hinsicht wahr.
<b>SH</b>	Kantonsrat hat im Rahmen der Arbeiten der Kommission für grenzüberschreitende Zusammenarbeit die Möglichkeit, an der Aussenpolitik der Regierung mitzuwirken.	Die Kommission für grenzüberschreitende Zusammenarbeit ist zuständig für die Vorberatung von Vorlagen im Zusammenhang mit der NFA oder anderen interkantonalen Vereinbarungen. Sie wird über wichtige Vorhaben und Beschlüsse im Rahmen der Aussenbeziehungen informiert.	Der Schaffhauser Kantonsrat beteiligt sich am Bodenseerat (internationales länder- und kantonsübergreifendes Gremium der Bodenseeanrainer).		Kommission wirkt in erster Linie im Rahmen der interkantonalen Aktivitäten des Kantons mit. Über die Aktivitäten im Rahmen internationaler Vorhaben wird sie nur in Kenntnis gesetzt.
<b>AR</b>	-	-	-	-	-
<b>AI</b>	Derzeit soll auf den Erlass von neuen gesetzlichen Grundlagen verzichtet werden. Die Regierung will ihrer Informationspflicht wie folgt nachkommen: Ständekommission (Regierung) informiert den Grossen Rat jeweils nach Aufnahme von Vertragsverhandlungen an	Die Schaffung einer ständigen parlamentarischen Kommission für diese Belange ist ebenfalls nicht vorgesehen, vielmehr sollen fallweise je nach Materie der Vereinbarung geeignete Mitglieder des Grossen Rates eingesetzt werden.	Der Grosse Rat des Kantons AI nimmt Einsitz in der „Parlamentarier-Kommission Bodensee“.		Das Parlament beteiligt sich offenbar nicht wesentlich an den Aussenbeziehungen des Kantons.

Kanton	Mitwirkungsrechte Parlament	Kommission für Aussenbeziehungen?	Beteiligung an interparlamentarischen Institutionen?	Diskussion über weitergehende Mitwirkungsrechte?	Bemerkungen und Erfahrungen
	der nächstfolgenden Session. Der Grosse Rat kann zuhanden der Ständekommission Wünsche und Anregungen anbringen.				
<b>SG</b>	Regierung informiert den Kantonsrat über die Aussenbeziehungen, insbesondere über laufende Verhandlungen zu wichtigen zwischenstaatlichen Vereinbarungen. Der Kantonsrat legt Ziele für die Ausgestaltung der Aussenbeziehungen fest.	Keine ständige Kommission für Aussenbeziehungen.	Parlamentarier-Kommission Bodensee (pflegt einen ständigen Informationsaustausch mit der Internationalen Bodenseekonferenz (IBK) und kann Anregungen an sie richten).	Motion SVP-Fraktion (Juni-session 2006) mit dem Titel "Stopp dem Demokratieabbau: Verstärkter Einbezug des Parlaments bei interkantonalen Verträgen und Konkordaten".	
<b>GR</b>	Die Regierung informiert den Grossen Rat in dessen Kompetenzbereich laufend und umfassend über wichtige Vorhaben im Bereich der internationalen und interkantonalen Zusammenarbeit sowie über den Stand von Verhandlungen. Sie orientiert die jeweils zuständigen Kommissionen frühzeitig über anstehende Vertragsverhandlungen im Rechtsetzungsbereich. Die Kommissionen stehen der Regierung während der Vertragsverhandlungen beratend zur Seite und	Keine ständige Kommission für Aussenbeziehungen. Die jeweils zuständige Sachkommission steht der Regierung während der Vertragsverhandlungen beratend zur Seite. Die grossrätlichen Kommissionen sind in ihrem Zuständigkeitsbereich an der Aushandlung wichtiger interkantonaler und internationaler Verträge zu beteiligen.	Keine Beteiligung an interparlamentarischen Institutionen.		Das neue Gesetz über den Grossen Rat trat erst am 1. August 2006 in Kraft, es liegen noch keine Erfahrungen vor.

Kanton	Mitwirkungsrechte Parlament	Kommission für Aussenbeziehungen?	Beteiligung an interparlamentarischen Institutionen?	Diskussion über weitergehende Mitwirkungsrechte?	Bemerkungen und Erfahrungen
	können ihr Vorschläge unterbreiten.				
<b>AG</b>	Regierungsrat informiert das Ratsbüro frühzeitig über wichtige Entwicklungen und Geschäfte im Bereich der Zusammenarbeit mit anderen Kantonen und mit dem Ausland. Die zuständige Fachkommission entscheidet, ob sie die Information bloss zur Kenntnis nimmt oder gegenüber dem Regierungsrat eine Stellungnahme abgibt.	Generell wird die strategische Beratung und Koordination der Aussenbeziehungen durch die Fachkommission für allgemeine Verwaltung wahrgenommen. Ansonsten kommen die jeweiligen Fachkommissionen zum Zug.	- Interparlamentarische Konferenz der Nordwestschweiz, - Oberrheinrat, - IPK Fachhochschule Nordwestschweiz - IPK Polizeischule Hitzkirch.		Während der Grosse Rat die frühe Einbindung in die Erarbeitung interkantonalen Lösungen und grundsätzliche Mitsprache in ausserpolitischen Belangen wünscht, wird der aktive Miteinbezug in Verhandlungen als unpraktikabel erachtet. Der grosse Rat soll im Rahmen von Legislatur- und Jahresplanung die grundsätzliche ausserpolitische Stossrichtung des Regierungsrates beraten.
<b>TG</b>	Der Grosse Rat verfügt lediglich über das Instrument des parlamentarischen Vorstosses, um sich in der Aussenpolitik des Kantons einzubringen.	Keine ständige Kommission für Aussenbeziehungen. (Die Geschäfts- und Finanzkommission übernimmt aber im Rahmen der Umsetzung der NFA Koordinationsaufgaben.)	Parlamentarier-Kommission Bodensee.	Keine Vorstösse in Richtung einer Verstärkung der Mitwirkungsrechte.	Das Parlament nimmt seine Mitwirkungsrechte wahr.
<b>TI</b>	Rien d'institutionnel n'a été prévu pour le moment en la matière. Cela signifie que le Parlement agit dans ce domaine avec les moyens normaux qui lui sont propres (questions, interpellations et, dans le cadre de la	-	-	-	-

Kanton	Mitwirkungsrechte Parlament	Kommission für Aussenbeziehungen?	Beteiligung an interparlamentarischen Institutionen?	Diskussion über weitergehende Mitwirkungsrechte?	Bemerkungen und Erfahrungen
	haute surveillance, contrôle opéré par la Commission de la gestion et des finances, débats sur les comptes de l'Etat) ou dans le cadre de la procédure habituelle d'examen de messages.				
<b>VD</b>	Voir « Convention des conventions » <sup>1</sup> .	Depuis 1998, une commission des affaires extérieures a été instituée de manière permanente. (En dérogation le Bureau peut attribuer à une autre commission la tâche de pré-aviser sur la ratification d'un traité ou d'un concordat lorsque celui-ci soulève des questions particulières.)	Deux commissions interparlementaires de contrôle: - sur la HES-SO et la HES-S2, - sur le Gymnase intercantonal de la Broye.	Un postulat Pierre Zwahlen et consorts « Pour la participation du Grand Conseil aux accords entre cantons au-delà de la Suisse occidentale seule » propose de modifier les dispositions actuelles de la loi sur le Grand Conseil relatives à la commission des affaires extérieures.	Voir la réponse fribourgeoise; les mêmes interrogations existent chez les députés fribourgeois et vaudois.
<b>VS</b>	Participation à la négociation, à la ratification, à l'exécution et à la modification des conventions intercantionales et des traités des cantons avec l'étranger selon la « Convention des conventions » <sup>1</sup> .	La nouvelle commission pour les affaires extérieures sera composée des membres permanents et, en fonction de la nature des traitements, elle sera renforcée par des membres temporaires issus des commissions thématiques.	« Convention des conventions »		Le parlement cantonal exerce l'ensemble des droits qui lui sont attribués dans le cadre de la « Convention des conventions ».
<b>NE</b>	Le parlement neuchâtelois bénéficie d'un droit de participation à l'élaboration des projets de conventions.	Le parlement a une commission des affaires extérieures permanente.	« Convention des conventions » <sup>1</sup>	Un postulat a été accepté par le Grand Conseil qui invite le Conseil d'Etat à proposer, dans le cadre de la prochaine révision de la	Le parlement exerce ses droits de participation au niveau de la Suisse occidentale, dans le cadre défini par la « Convention des

Kanton	Mitwirkungsrechte Parlament	Kommission für Aussenbeziehungen?	Beteiligung an interparlamentarischen Institutionen?	Diskussion über weitergehende Mitwirkungsrechte?	Bemerkungen und Erfahrungen
				« Convention des conventions », que les projets de conventions de niveau fédéral puissent être examinés par les parlementaires romands au cours de la phase de consultation, en vue de coordonner les prises de position des cantons de la Suisse occidentale.	conventions ».
<b>GE</b>	Le parlement a des droits de consultation, de prise de position et de surveillance s'agissant des concordats conclus entre les cantons romands, selon les dispositions prévues par la « Convention des conventions » <sup>1</sup> .	La Commission des affaires communales, régionales et internationales traite des questions touchant les communes, la région (intercantonale et transfrontalière) et les questions de la Genève internationale.	- Commission de surveillance HES-SO et HES-S2, - Conseil du Léman, - Comité régional franco-genevois et - Forum des présidents des commissions des affaires extérieures.		Le parlement a joué son rôle dans les différentes conventions intercantionales au niveau romand en proposant des amendements aux textes discutés.
<b>JU</b>	Droits découlant de la « Convention des conventions » <sup>1</sup> .	Depuis l'entrée en souveraineté (1979), le Parlement jurassien compte une commission de la coopération et de la réunification qui, le 1er mars 2007, s'appellera "commission des affaires extérieures et de la réunification". Ses compétences: examen des affaires qui ont trait à la coopération et à la réunification du Jura ainsi que des conventions et des concordats intercantonaux relevant de	Participation dans le cadre défini par la « Convention des conventions ».	Motion adoptée par le Parlement le 26 avril 2006 visant à élaborer une loi sur les collaborations intercantionales qui stipulera que le Parlement jurassien doit impérativement être associé aux décisions prises dans ce cadre de façon qu'il puisse jouer son rôle de contrôle.	

Kanton	Mitwirkungsrechte Parlament	Kommission für Aussenbeziehungen?	Beteiligung an interparlamentarischen Institutionen?	Diskussion über weitergehende Mitwirkungsrechte?	Bemerkungen und Erfahrungen
		la compétence du Parlement; représenter le Parlement jurassien dans les organes interparlementaires chargés de veiller au respect des conventions intercantionales et contrôler le fonctionnement des institutions intercantionales d'application.			
alle			Konferenz der Präsidentinnen und Präsidenten der kantonalen Parlamente (lose Vereinigung ohne Rechtsnatur).		

Bemerkung: In der Regel unterstehen Konkordate der Genehmigung durch das Parlament, sofern sie nicht in die alleinige Kompetenz der Regierung fallen. Dieses Recht wurde in der Tabelle nicht speziell erwähnt.

<sup>1</sup> *Convention relative à la négociation, à la ratification, à l'exécution et à la modification des conventions intercantionales et des traités des cantons avec l'étranger « Convention des conventions »* : Accord entre les cantons de la Suisse occidentale Fribourg, Vaud, Neuchâtel, Jura, Genève et le Valais. La Convention oblige le Conseil d'Etat à adresser périodiquement au Parlement un rapport sur la politique extérieure. En outre, les gouvernements signataires sont tenus de soumettre tout projet d'accord intercantonal ou international à une commission interparlementaire formée de représentants des cantons concernés. Cette commission peut formuler des propositions (non contraignantes) à l'adresse des gouvernements. (Une procédure allégée a été introduite sur une base semi-formelle.)